

REGIERUNGSRAT DES KANTONS AARGAU
REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT
REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-STADT
REGIERUNGSRAT DES KANTONS SOLOTHURN

Beilage 4

Auswertung der Vernehmlassung

27. Oktober/ 9. November 2004

Inhalt

1. Gesamtübersicht der Resultate über alle vier Kantone	3
2. Quantitative Übersicht über alle vier Kantone	6
3. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Aargau	8
4. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Basel-Landschaft.....	13
5. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Basel-Stadt	19
6. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Solothurn	24

1. Gesamtübersicht der Resultate über alle vier Kantone

1.1. Bildung einer gemeinsam getragenen Fachhochschule

Die Grundsatzfrage – Bildung einer gemeinsam von den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn getragenen FHNW - findet in allen vier Kantonen überwiegende Zustimmung. Am klarsten ist die Zustimmung in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt, mehr Vorbehalte werden in Basel-Landschaft und Solothurn angemeldet. Ablehnend äusserten sich vereinzelt Vernehmlassungspartner aus den beiden Basel.

1.2. Umfang der FHNW

1.2.1 Integration der Fachbereiche

Der Integration aller Fachbereiche wird im Grundsatz zugestimmt. Im Aargau und in Basel-Stadt wird die entsprechende Frage mit überwiegender Mehrheit positiv beantwortet. Vorbehalte werden in den vier Kantonen zu folgenden Punkten geäussert:

Pädagogik

In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt wird der Einbezug der Pädagogik mit klarer Mehrheit befürwortet. Häufig wird damit das Anliegen verknüpft, dass die Pädagogik den spezifischen Bezug zu den einzelnen kantonalen Schulsystemen beibehalten müsse. In den Kantonen Aargau und Basel-Stadt wird zudem von einigen Vernehmlassern der Wunsch geäussert, dass die Pädagogik von Standortkonzentrationen ausgenommen werden müsse. In Basel-Landschaft und Basel-Stadt wird in einzelnen Stellungnahmen die Zusammenführung von Pädagogik mit den anderen Fachbereichen mit Fragezeichen versehen. In Solothurn sind die Meinungen über den Einbezug der Pädagogik geteilt. Als Alternative wird in den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn vereinzelt die Gründung einer Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz vorgeschlagen.

Integration aller Fachbereiche

In allen vier Kantonen äussern sich einzelne Gremien, namentlich Wirtschaftsverbände, kritisch zu einer umfassenden Fusion per 1. Januar 2006. Sie ziehen demgegenüber eine Etaprierung vor (zunächst Technik, Wirtschaft und Gestaltung, zu einem späteren Zeitpunkt die übrigen Bereiche).

Musik

In den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft lassen sich vereinzelte, in Solothurn mehrere Stimmen vernehmen, die die Integration der Musik insbesondere aus finanziellen Gründen ablehnen.

1.2.2 Portfolio

In allen vier Kantonen wird die Ungewissheit über das zukünftige Portfolio als Problem erachtet. Viele Gremien fordern, dass vor der Beratung der Staatsvertragsvorlage in den Parlamenten Klarheit darüber bestehen müsse, welche Fachbereiche an welchen Standorten geführt werden und welchen Standorten die Führungsrolle in den einzelnen Fachbereichen zugewiesen werde. Ausserdem solle die Rolle und Funktion der Fachbereichs- und Standortleitungen präzisiert werden.

1.3. Fusionsmodell

Das Fusionsmodell findet grossmehrheitlich Zustimmung. In der Ausgestaltung werden jedoch verschiedentlich Vorbehalte gemacht.

Im Kanton Aargau und in den beiden Basel wird betont, dass die fachliche Entwicklung der FH höher zu gewichten sei als die Standortinteressen der einzelnen Kantone. Deshalb sei

der Führung der Fachbereiche Priorität einzuräumen. Gleichzeitig wird mit Blick auf die Interdisziplinarität und den Bezug zum wirtschaftlichen Umfeld für eine fachliche Breite des Angebots an den einzelnen Standorten plädiert. Im Kanton Basel-Landschaft wird einmal die Forderung nach einer Holdingstruktur erhoben. In Solothurn treten verschiedene Vernehmlasser für die Führung der Standorte als teilautonome Einheiten (Profit-Zentren) ein.

Zudem zeigt sich, dass die Verwendung des Begriffs „Standort“ im Staatsvertrag und im Bericht zu Missverständnissen führt (Standorte = vier Kantone oder die neun aktuellen Standorte der Teilschulen?).

1.4. Kompetenz der Parlamente zur Festlegung der Standorte der Fachbereiche und zum Abschluss des Leistungsauftrags

Die vorgeschlagene Kompetenzverteilung zwischen Trägerkantonen und der FHNW wird unterschiedlich beurteilt.

Im Kanton Aargau ist eine Mehrheit der Vernehmlasser der Auffassung, das politische Führungsmodell sei zu kompliziert. Insbesondere wird eine Blockade der parlamentarischen Entscheidungsprozesse durch Standortfragen befürchtet. Auf Grund dieser Einschätzung wird vorgeschlagen, entweder die Kompetenz zum Abschluss des Leistungsauftrages auf Ebene Regierung (bzw. Regierungsausschuss) anzusiedeln oder den Entscheid über die Zuweisung der Fachbereiche zu den Standorten aus dem Leistungsauftrag auszuklammern.

Diese Einschätzung wird in Basel-Landschaft und Basel-Stadt von schul- und wirtschaftsnahen Gremien ebenfalls geteilt. Vereinzelt wird in Basel-Landschaft zudem die vorgesehene Garantie einer Mindeststudierendenzahl pro Standort abgelehnt. Gleichzeitig befürworten eine Mehrheit der Parteien sowie die Arbeitnehmerverbände in den beiden Basel das vorgeschlagene Modell und begrüßen insbesondere die gegenüber heute stärkere Mitbestimmung der Parlamente.

Im Kanton Solothurn wird das vorgeschlagene Entscheidungsmodell hingegen grossmehrheitlich befürwortet.

Im Kanton Aargau fordern Parteien und leitende Gremien der FHA zusätzlich, für die parlamentarische Vorberatung nur eine einzige interparlamentarische Kommission einzusetzen.

Auch in diesem Zusammenhang wird in allen Kantonen immer wieder gefordert, dass die Eckwerte des Leistungsauftrags und die Zuordnung der Fachbereiche vor der Beratung des Staatsvertrags bekannt sein müssen (vgl. Ziff. 2.2).

1.5. Steuerung der FHNW durch die Parlamente mittels mehrjährigem Leistungsauftrag und entsprechendem Globalbeitrag

In allen vier Kantonen wird der Führung der FHNW mittels Leistungsauftrag und mehrjährigem Globalbeitrag im Grundsatz klar zugestimmt. Der Leistungsauftrag soll aber relativ offen formuliert werden, um der FHNW den nötigen Entwicklungsspielraum zu geben.

1.6. Verteilschlüssel für die finanzielle Lastenverteilung

In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt ist der Verteilschlüssel mit wenigen Ausnahmen unbestritten. In den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft wird vereinzelt eine Höhergewichtung des Standortvorteils verlangt (30% statt 20%).

In Solothurn wird fast einhellig, insbesondere auch von allen Parteien, gefordert, dass der Standortvorteil wesentlich stärker zu gewichten sei; meist wird eine Gewichtung mit 50% verlangt.

Die Sonderregelung für den Verteilschlüssel zwischen den beiden Basel wurde vielfach nicht verstanden.

1.7. Weitere Hinweise

Im Weiteren nehmen die Vernehmlasser insbesondere zu folgenden Themen Stellung:

- **Pensionskassenlösung**

In den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn stösst die vorgeschlagene Regelung der beruflichen Vorsorge (Versicherung der Mitarbeitenden bei der Aargauischen Pensionskasse APK) auf Skepsis. Es werden Fragen nach den Kriterien für die Wahl der Pensionskasse, den effektiven Kosten, der Finanzierbarkeit der Deckungslücke durch die Kantone, der vorgesehenen Mitfinanzierung durch die Versicherten und nach der zukünftigen Entwicklung der AKP gestellt. Von Arbeitnehmerseite wird befürchtet, diese Regelung könnte eine Leistungsminderung zur Folge haben.

In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt wird vereinzelt ein sofortiger Wechsel in eine Lösung mit Beitragsprimat verlangt, während gleichzeitig die Personalverbände in diesen Kantonen einen solchen Wechsel ablehnen.

- **Anstellungsbedingungen**

Die Anstellungsbedingungen werden insbesondere von den Angestelltenverbänden, einzelnen Parteien und FH-Gremien thematisiert. Vorgeschlagen wird der Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags. Vielfach wird zudem verlangt, für das Anstellungsrecht müssten die Standards des kantonalen Personalrechts massgebend sein. Einzelne wenige Vernehmlasser fordern, auf Leistungskomponenten bei der Ausgestaltung der Besoldungen zu verzichten.

Vereinzelt wird auch eine rein obligationenrechtliche Anstellung gefordert.

- **Gleichstellung**

In allen Kantonen fordern einzelne Gremien der Fachhochschulen, Gleichstellungsgremien, Angestelltenverbände und vereinzelt Parteien eine stärkere und präzisere Verpflichtung der FHNW zur Förderung der Gleichstellung.

- **Beschränkung der Zulassung**

Von verschiedener Seite wird ein Numerus Clausus abgelehnt, insbesondere wenn er aus finanziellen Gründen eingeführt werden sollte. Die Musik-Akademie der Stadt Basel allerdings verweist darauf, dass Zulassungsbeschränkungen bei ihr unter anderem auf Grund von Qualitätskriterien seit jeher Usus sind.

- **Mitbestimmung**

Personalverbände und teilweise Gremien der Fachhochschulen erachten die vorgeschlagene Regelung der Mitwirkung der Angehörigen der FHNW als unzureichend. Demgegenüber wird ein Recht auf Mitbestimmung gefordert.

2. Quantitative Übersicht über alle vier Kantone

Hinweis: Die eingegangenen Antworten sind in der folgenden Übersicht weder gewichtet noch kategorisiert. Für eine genauere Auswertung vergleiche die nachfolgenden kantonalen Auswertungen.

Antwort auf Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz einverstanden?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	25	5	0
Basel-Landschaft	18	12	3
Basel-Stadt	20	3	1
Solothurn	19	9	0

Antwort auf Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass die FHNW alle Fachhochschulbereiche umfassen soll (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.3.)?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	15	15	0
Basel-Landschaft	12	17	4
Basel-Stadt	11	12	1
Solothurn	5	14	5

Antwort auf Frage 3

Sind Sie mit dem Fusionsmodell einverstanden (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.)?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	9	21	0
Basel-Landschaft	8	17	7
Basel-Stadt	11	12	2
Solothurn	6	17	2

Antwort auf Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die Standorte der Fachbereiche durch die Parlamente festgelegt werden, die FHNW im Übrigen aber Autonomie zu einer standortübergreifenden Entwicklung erhält (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.1. und 3.2.)?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	8	10	12
Basel-Landschaft	13	11	7
Basel-Stadt	11	10	2
Solothurn	11	11	3

Antwort auf Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die Parlamente die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen steuern (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.4.)?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	16	13	1
Basel-Landschaft	15	12	4
Basel-Stadt	13	8	3
Solothurn	20	4	1

Antwort auf Frage 6

Sind Sie mit dem in Ziff. 3.6. des Vernehmlassungsberichts vorgeschlagenen Schlüssel für die finanzielle Lastenverteilung einverstanden?

	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung
Aargau	20	9	0
Basel-Landschaft	16	9	3
Basel-Stadt	15	5	1
Solothurn	3	14	8

3. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Aargau

3.1. Grundsatzfrage

Die Grundsatzfrage – Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz - ist im Aargau unbestritten.

Von den Parteien machen einzig die SVP und die Grüne Partei Vorbehalte (SVP: Fusion nicht um jeden Preis; GP: Zusammenschluss nicht nur organisatorisch, sondern auch faktisch).

3.2. Umfang der FHNW

3.2.1. Integration der Fachbereiche

Die Integration aller Fachbereiche in die FHNW ist unbestritten.

Die Integration der Pädagogik wird als zwingend erachtet. Namentlich wird auch der Einbezug der PH Solothurn gefordert (unter anderen seitens der CVP, FDP, SP).

Der Fachhochschulrat erachtet besondere kantonale Vorgaben für den Fachbereich Pädagogik für nicht mehr notwendig. Personalverbände und Organe der Lehrerbildung bzw. -weiterbildung verlangen demgegenüber, dem spezifischen Bezug zu den jeweiligen kantonalen Schulsystemen sei bei der Festlegung der Standorte besonders Rechnung zu tragen.

Vereinzelte wird eine Integration der Fachbereiche in Etappen vorgeschlagen. Die SVP möchte namentlich eine spätere Integration der Pädagogik und der Musik prüfen lassen.

3.2.2. Portfoliofrage

Viele Vernehmlasser, darunter alle Parteien, fordern, dass die Portfoliofrage vor der Beratung des Staatsvertrags geklärt sein muss. Für die FDP und die SVP ist diese Forderung zentral. Mehrere Verbände und Organisationen zeigen zwar Verständnis für die Gründe, die einer Festlegung von Standorten und Fachbereichen bisher entgegen standen. Gleichzeitig äussern sie aber die Befürchtung, die Ungewissheit über das zukünftige Portfolio könnte die Vorlage zum Scheitern bringen.

3.3. Fusionsmodell

Das Fusionsmodell findet grundsätzlich Zustimmung. Unter den Vernehmlassungspartnern herrscht allerdings Einigkeit darüber, dass die Führung der Fachbereiche vor der Standortfrage Vorrang haben muss. In diesem Zusammenhang äussern sich einzelne Vernehmlasser kritisch zur Zielsetzung, die Studierendenzahl an den einzelnen Standorten mindestens auf dem Stand des Jahres 2003 zu halten. Diese Vorgabe behindere die fachliche Schwerpunktbildung der FHNW. Gleichzeitig wird vereinzelt darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die Interdisziplinarität an den einzelnen Standorten ein fachlich breites Angebot nötig sei.

Im Weiteren wird festgestellt, dass die Definition der Standorte unklar ist (Standorte = vier Kantone oder neun aktuelle Standorte der Teilschulen?).

3.4. Kompetenz der Parlamente zur Festlegung der Standorte der Fachbereiche und zum Abschluss des Leistungsauftrags

Die vorgeschlagene Kompetenzverteilung zwischen Trägerkantonen und der FHNW wird fast einhellig als zu kompliziert, zu schwerfällig und als nicht funktionsfähig beurteilt. Zu diesem Schluss kommen alle Parteien, die leitenden Organe der FHA, namentlich der Fachhochschulrat, und mehrheitlich die Personalverbände. Insbesondere wird befürchtet, dass Standortinteressen den politischen Entscheidungsprozess dominieren oder gar blockieren könnten.

Zur Vereinfachung der politischen Führungsstruktur werden im Wesentlichen zwei Lösungen vorgeschlagen:

- a) Der Leistungsauftrag soll nicht durch die Parlamente, sondern durch den Regierungsausschuss verabschiedet werden. Der FHR schlägt vor, in diesem Fall den Parlamenten einen Rechenschafts- und Planungsbericht zur Kenntnisnahme vorzulegen.
- b) Die Zuordnung der Fachbereiche zu den Standorten soll nicht Gegenstand des Leistungsauftrages sein, sondern in die Zuständigkeit des Regierungsausschusses bzw. der Regierungen fallen.

Parteien und leitende Organe der FHA fordern zusätzlich, für die parlamentarische Vorberatung nur eine einzige interparlamentarische Kommission einzusetzen.

3.5. Steuerung der FHNW durch die Parlamente mittels mehrjährigem Leistungsauftrag und entsprechendem Globalbeitrag

Die Führung der FHNW mittels mehrjährigem Leistungsauftrag und entsprechenden Globalbeiträgen ist im Grundsatz unbestritten.

Im Zusammenhang mit dem Leistungsauftrag wird mehrfach verlangt, die Standorte der Fachbereiche sollten nicht in der Leistungsvereinbarung festgelegt, sondern durch den Regierungsausschuss bzw. die Regierungen oder den Fachhochschulrat bestimmt werden (vgl. Ziff. 4).

3.6. Verteilschlüssel für die finanzielle Lastenverteilung

Das Finanzierungsmodell und der Verteilschlüssel werden überwiegend als richtig erachtet. Einzig die SVP verlangt ein eindeutig leistungs- und resultatorientiertes Modell. Die SP möchte den Standortvorteil stärker gewichten.

3.7. Weitere Hinweise

Im weiteren nehmen die Vernehmlasser insbesondere zu folgenden Themen Stellung:

- Altersvorsorge

Das vorgeschlagene Modell zur Altersvorsorge findet allgemein Zustimmung. Namentlich begrüßen die Personalverbände die Überführung in die Aargauische Pensionskasse APK.

Kritisch äussern sich nur wenige Vernehmlasser: Die SVP hält die Finanzierung der Deckungslücke politisch für nicht mehrheitsfähig. Der Fachhochschulrat fordert eine nochmalige fundierte Überprüfung der Lösung APK und macht auf mögliche Nachteile für die Angestellten des Kantons Solothurn aufmerksam. Die APK weist darauf hin, dass die Ausfinanzierung allein durch den Arbeitgeber zu tragen ist.

- Anstellungsbedingungen

Die Regelung der Anstellungsverhältnisse findet überwiegend Zustimmung. Sie ist insbesondere bei den Parteien unbestritten.

SP und Angestelltenverbände verlangen den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Gesamtarbeitsvertrags. Für das Anstellungsrecht müssten die Standards des kantonalen Personalrechts massgebend sein.

- Gleichstellung

Angestelltenverbände und Gremien der FHA verlangen eine stärkere und präzisere Verpflichtung zur Förderung der Gleichstellung.

3.8. Quantitative Auswertung

Vernehmlasserkategorien

Die Auswertung der Vernehmlassungsantworten erfolgt in allen Kantonen gemäss folgender Kategorien:

Kategorie

Parteien

Verbände

Gemeinden

Bund (BBT)

FH Aargau

Studierenden- und Dozierendenorganisationen

Organisationen und Verbände mit besonderem Bezug zur FH Aargau

Erziehungsrat, Schulkonferenzen (Erziehung, Bildung)

Kantonale Verwaltungsstellen

andere Gruppen (nicht eingeladene Gruppen, die den definierten Kategorien nicht zugeordnet werden können)

Einzelpersonen

Beteiligung an der Vernehmlassung

Vernehmlasser	Eingeladen	Anzahl Stellungnahmen Eingeladene	Anzahl Stellungnahmen nicht Eingeladene	Total
Parteien	15	7		7
Verbände	9	5	1	6
Gemeinden	4	4		4
Bund/CH			2	2
FH Aargau	3	3	1	4
Studierende/Dozierende	3	2	2	4
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA	9	6		6
Gremien Erziehung, Bildung	4	1		1
Kant. Verwaltung	1	1		1
Andere Gruppen / Einzelpersonen	0		1	1
Total	48	29	7	36

Antwort auf Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	5	2		7
Verbände	5			5
Gemeinden	3			3
Bund	1			1
FH Aargau	3	1		4
Studierende/Dozierende	1	2		3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA	6			6
Gremien Erziehung, Bildung				
Kant. Verwaltung				
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1			1
Total	25	5	0	30

Antwort auf Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass die FHNW alle Fachhochschulbereiche umfassen soll (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	3		7
Verbände	1	4		5
Gemeinden	3			3
Bund	1			1
FH Aargau	3	1		4
Studierende/Dozierende		3		3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA	2	4		6
Gremien Erziehung, Bildung				
Kant. Verwaltung				
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1			1
Total	15	15	0	30

Antwort auf Frage 3

Sind Sie mit dem Fusionsmodell einverstanden (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	3	4		7
Verbände		5		5
Gemeinden	3			3
Bund		1		1
FH Aargau		4		4
Studierende/Dozierende	1	2		3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA	1	5		6
Gremien Erziehung, Bildung				
Kant. Verwaltung				
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1			1
Total	9	21	0	30

Antwort auf Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die Standorte der Fachbereiche durch die Parlamente festgelegt werden, die FHNW im Übrigen aber Autonomie zu einer standortübergreifenden Entwicklung erhält (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.1. und 3.2.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	3		7
Verbände			5	5
Gemeinden	3			3
Bund		1		1
FH Aargau		1	3	4
Studierende/Dozierende		3		3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA	2	4		6
Gremien Erziehung, Bildung				
Kant. Verwaltung				
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1			1
Total	8	10	12	30

Antwort auf Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die Parlamente die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen steuern (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.4.)?

Vernehmlasser	Volle- mung	Zustim- mung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien		3	4		7
Verbände		4	1		5
Gemeinden		3			3
Bund		1			1
FH Aargau			3	1	4
Studierende/Dozierende		2	1		3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA		2	4		6
Gremien Erziehung, Bildung					
Kant. Verwaltung					
Andere Gruppen / Einzelpersonen		1			1
Total		16	13	1	30

Antwort auf Frage 6

Sind Sie mit dem in Ziff. 3.6. des Vernehmlassungsberichts vorgeschlagenen Schlüssel für die finanzielle Lastenverteilung einverstanden?

Vernehmlasser	Volle- mung	Zustim- mung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien		4	3		7
Verbände		5			5
Gemeinden		3			3
Bund					
FH Aargau		3	1		4
Studierende/Dozierende		2	1		2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHA		2	4		6
Gremien Erziehung, Bildung					
Kant. Verwaltung					
Andere Gruppen / Einzelpersonen		1			1
Total		20	9	0	29

4. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Basel-Landschaft

Gesamthaft findet die Vorlage im Grundsatz eine breite Zustimmung, es werden jedoch in verschiedenen Punkte qualifizierte Vorbehalte angebracht.

4.1. Grundsatzfrage

Die Grundsatzfrage - Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FHNW - ist unbestritten. Dabei werden mehrheitlich die Synergiemöglichkeiten, Erhaltung und Steigerung der Ausbildungsqualität und die Konkurrenzfähigkeit der FHNW innerhalb der Fachhochschullandschaft als Gewinn aus der Fusion genannt. Abgelehnt wird diese Frage nur von den Konferenzvorständen der HPSA-BB, die mehr Nachteile als Vorteile erwarten, und vom Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden, die das gesamte Prozedere der standardisierten Auswertung ablehnen.

4.2. Umfang der FHNW

4.2.1 Integration der Fachbereiche

Die Mehrheit der Vernehmlassungspartner befürwortet die Integration aller Fachbereiche in die FHNW. Es wird wiederholt betont, dass die Pädagogik SO ebenfalls einbezogen werden soll.

Die SVP, die junge SVP sowie die Handelskammer sehen keine Vorteile darin, wenn die klassischen FH-Fachbereiche mit Pädagogik, Sozialer Arbeit, Gestaltung und Kunst sowie Musik zusammengeführt werden, während die Wirtschaftskammer KMU gar eine Schwächung der Region befürchtet. Die SP BL hingegen betont, dass die „neuen“ FH-Disziplinen den gleichen Stellenwert haben müssen wie die klassischen. Sie plädiert auch für die Möglichkeit der Integration weiterer Fachbereiche, insbesondere der Gesundheitsberufe in die FHNW. Problematisiert wird zum Teil, dass für die gemeinsam geführten Fächer Bundesrichtlinien (und Bundessubventionen) gelten, während für die Pädagogik die interkantonalen Richtlinien der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK gelten. Einzelne Stimmen bitten um die Prüfung einer gemeinsamen Trägerschaft von zwei Teilschulen unterteilt in die Bereiche Pädagogik, Soziale Arbeit, Musik sowie Gestaltung und Kunst einerseits und Technik, Bau, Chemie und Wirtschaft andererseits.

4.2.2 Portfoliofrage

Die meisten Vernehmlassungspartner verlangen, dass ein Portfolio vorliegen muss, bevor die Vorlage den Parlamenten vorgelegt wird. Verbunden mit der Portfoliofrage wird gefordert, dass Standort und Leitung der Fachbereiche und Standort bzw. Sitz der FHNW festgelegt werden. Hinsichtlich einzelner Fachbereiche, etwa Chemie und „life sciences“ oder Technik, wird verlangt, dass diese in der Region verbleiben müssen. Mehrfach werden die trinationalen Studiengänge angesprochen (FHBB Fachhochschulrat und Direktion, Handelskammer, VPOD) und wird für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Pädagogik und der Sozialen Arbeit plädiert (alle Gremien der HPSA-BB, VPOD, kant. Konferenz des Lehrpersonals). Schliesslich werden auch Fragen hinsichtlich der Verortung von Bachelor- und Master-Studiengängen und der Forschung gestellt.

4.3. Fusionsmodell

Die Mehrzahl der Stellungnahmen befürwortet das Fusionsmodell. Die Vorbehalte betreffen in erster Linie die Kompetenzen der verschiedenen Entscheidungsgremien, Standortfragen, die Anstellungsbedingungen und die Pensionskassenlösung. Diese Punkte werden in den nachfolgenden Abschnitten detailliert erläutert. Einzig die Wirtschaftskammer KMU lehnt das

Fusionsmodell ab und fordert eine Holdingstruktur. Diese Forderung betrifft auch alle weiteren Fragen. Die FDP hätte es begrüsst, wenn ein Holdingmodell als Alternative zur Diskussion gestanden hätte.

4.4. Kompetenz der Parlamente zur Festlegung der Standorte der Fachbereiche

Der vorgesehene Instanzenweg wird zwar zum Teil als nötig erachtet, jedoch fast durchgehend als zu schwerfällig und zu kompliziert angesehen. Daraus wird häufig die Befürchtung abgeleitet, die FHNW würde zu unflexibel, nicht konkurrenzfähig und zukunftsorientierte Entwicklungen würden verunmöglicht. Diese Haltung betrifft auch Frage 5.

Wie beim Portfolio verlangen die meisten Vernehmlasser, dass die Festlegung der Standorte ebenso wie der Sitz der FHNW vorgängig bekannt sein müssen. In den Vorbehalten wird die Schwächung der Region bei einem möglichen Verlust von profilierten Disziplinen befürchtet, wie bereits oben erläutert. Vereinzelt wird die vorgesehene Garantie einer Mindeststudierendenzahl pro Standort abgelehnt. Während die Handelskammer den Vorrang der Fachbereiche fordert, legt die SP Wert auf eine gleiche Gewichtung von Standorten und Fachbereichen, um Interdisziplinarität zu gewährleisten. Immer wieder wird betont, dass Basel und Muttenz als zwei Standorte gelten müssen.

4.5. Steuerung der FHNW durch die Parlamente mittels mehrjährigem Leistungsauftrag und entsprechendem Globalbeitrag

Während die meisten Parteien, der Gewerkschaftsbund und der VPOD die parlamentarischen Entscheidungsmöglichkeiten begrüssen, schlagen FDP, die Gremien der FHBB und der HPSA, die Verbände und die Handelskammer vor, dass die Parlamente nur das Globalbudget (oder das Globalbudget mit einem generellen Leistungsauftrag) beschliessen, während ein detaillierter Leistungsauftrag (auch als Leistungsvereinbarung bezeichnet) vom Fachhochschulrat festgelegt werden soll. Einzelne Stimmen fordern auch die Streichung des Regierungsausschusses und die Zuordnung seiner Kompetenzen an den Fachhochschulrat. Vielfach wird eine 3 - 4 jährige Erteilung des Leistungsauftrags bzw. des Globalbeitrags im Staatsvertrag gewünscht.

4.6. Verteilschlüssel für die finanzielle Lastenverteilung

Die Mehrzahl der Vernehmlassungspartner stimmt dem Verteilschlüssel vorbehaltlos zu. Die wenigen Ausnahmen plädieren für eine ausschliessliche Verteilung nach Studierendenquote (HPSA-BB HSR, Wirtschaftskammer KMU), oder für eine stärkere Gewichtung des Standortfaktors (SP). Vereinzelt wurde das Finanzierungsmodell als unklar oder nicht nachvollziehbar in Frage gestellt.

4.7. Weitere Hinweise

Im Weiteren nehmen die Vernehmlasser insbesondere zu folgenden Bereichen Stellung:

- **Altersvorsorge**

Der Wechsel in die APK wird von den meisten Vernehmlassungspartnern in Frage gestellt und ein Verbleib, evtl. für eine längere Übergangsfrist, in der angestammten PK bzw. die Wahl der BLPK vorgeschlagen. Die Gründe für diese Ablehnung sind vielfältig. Die Deckungslücke wird ebenso angesprochen wie die unterschiedlichen Leistungen der beiden Kassen, oder dass das Pensionskassengesetz im Kanton Aargau in Revision ist. Die anteilmässige Mitfinanzierung durch die Versicherten an einer allfälligen Ausfinanzierung der Deckungslücke wird von den Personalverbänden, dem VPOD und dem Ge-

werkschaftsbund abgelehnt. Die BLPK macht detailliert geltend, dass sehr viele kosten- und leistungsrelevante Unterschiede nicht in die Entscheidung mit einbezogen wurden.

- **Anstellungsbedingungen**

Auch die vorgesehenen Anstellungsregelungen werden von vielen Vernehmlassungspartnern in Frage gestellt. Mehrfach wird die Vereinbarung eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV) verlangt (SP, Grüne, VPOD, FHBB FHR). Die Orientierung an den Minimalvorgaben des Obligationenrechts wird abgelehnt, da dies als Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wahrgenommen wird. Falls es nicht zu einem GAV kommen sollte, wird die Anlehnung an das Personalrecht des Kantons Basel-Landschaft vorgezogen. Häufig wird ein transparentes Lohnsystem gefordert und von Seiten der Dozierenden und der Personalverbände wird der Leistungslohn abgelehnt.

- **Gleichstellung**

Konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Gleichstellung werden nicht nur von Seiten des Frauenrates und der Fachstelle für Gleichstellung sondern auch vom Fachhochschulrat FHBB und dem VPOD gemacht.

- **Zulassungsbeschränkungen und Gebühren**

Die Zulassungsbeschränkungen und Gebühren sind ebenfalls ein Thema, auf das von verschiedener Seite eingegangen wird. Während SP und VPOD diese weitgehend ablehnen und eine Gebührenerhöhung an eine Stipendienregelung gekoppelt haben möchten, sollten laut Handelskammer Zulassungsbeschränkungen und Höhe der Gebühren allein in der Verantwortung des Fachhochschulrates liegen.

- **Mitbestimmung**

Von Seiten der Dozierenden und der Personalverbände wird eine deutlichere Verankerung der Mitbestimmung erwartet.

3.8. Quantitative Auswertung

Vernehmlasserkategorien

Die Auswertung der Vernehmlassungsantworten erfolgt in allen Kantonen gemäss folgender Kategorien:

Kategorie

Parteien

Verbände

Gemeinden

FHBB / HPSA-BB

Studierenden- und Dozierendenorganisationen

Erziehungsrat, Schulkonferenzen (Erziehung, Bildung)

Kantonale Verwaltungsstellen

andere Gruppen (nicht eingeladene Gruppen, die den definierten Kategorien nicht zugeordnet werden können)

Einzelpersonen

Beteiligung an der Vernehmlassung

Vernehmlasser	Eingeladen	Anzahl Stellungnahmen Eingeladene	Anzahl Stellungnahmen nicht Eingeladene	Total
Parteien	7	6	1	7
Verbände	11	6	1	7
Gemeinden	3	3		3
FHBB / HPSA-BB	4	4	2	6
Studierende/Dozierende	2	2		2
Erziehung, Bildung	6	4	1	5
Kant. Verwaltung	10	9		9
Andere Gruppen / Einzelpersonen	0			
Total	43	34	5	39

Antwort auf Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	2		6
Verbände	6	2		8
Gemeinden	1		2	3
FHBB/HPSA-BB	3	2		5
Studierende/Dozierende		1	1	2
Erziehung, Bildung	2	2		4
Kant. Verwaltung	2	3		5
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	18	12	3	33

Antwort auf Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass die FHNW alle Fachhochschulbereiche umfassen soll (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	2	4		6
Verbände	3	4	1	8
Gemeinden	1		2	3
FHBB/HPSA-BB	1	4		5
Studierende/Dozierende	1		1	2
Erziehung, Bildung	2	2		4
Kant. Verwaltung	2	3		5
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	12	17	4	33

Antwort auf Frage 3

Sind Sie mit dem Fusionsmodell einverstanden (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	1	5		6
Verbände	3	4	1	8
Gemeinden	1		2	3
FHBB/HPSA-BB		3	2	5
Studierende/Dozierende		1	1	2
Erziehung, Bildung	1	1	1	3
Kant. Verwaltung	2	3		5
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	8	17	7	32

Antwort auf Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die Standorte der Fachbereiche durch die Parlamente festgelegt werden, die FHNW im Übrigen aber Autonomie zu einer standortübergreifenden Entwicklung erhält (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.1. und 3.2.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	2		6
Verbände	2	2	3	7
Gemeinden			3	3
FHBB/HPSA-BB	2	3		5
Studierende/Dozierende		1	1	2
Erziehung, Bildung	2	1		3
Kant. Verwaltung	3	2		5
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	13	11	7	31

Antwort auf Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die Parlamente die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen steuern (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.4.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	2		6
Verbände	4	3	1	8
Gemeinden	1		2	3
FHBB/HPSA-BB	1	4		5
Studierende/Dozierende	1		1	2
Erziehung, Bildung	2	1		3
Kant. Verwaltung	2	2		4
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	15	12	4	31

Antwort auf Frage 6

Sind Sie mit dem in Ziff. 3.6. des Vernehmlassungsberichts vorgeschlagenen Schlüssel für die finanzielle Lastenverteilung einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	3	3		6
Verbände	6	1	1	8
Gemeinden			2	2
FHBB/HPSA-BB	4	1		5
Studierende/Dozierende		2	0	2
Erziehung, Bildung	1			1
Kant. Verwaltung	2	2		4
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	16	9	3	28

5. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Basel-Stadt

5.1. Grundsatzfrage

Die Grundsatzfrage – die Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FHNW – ist unbestritten; von den 24 eingegangenen Antworten plädieren 20 für die Fusion, mit Vorbehalt auch die CVP, die Institutionen der Lehrkräfteweiterbildung der vier Kantone sowie die Schulsynoden (letztere sprechen sich gegen die Integration der Pädagogik aus). Abgelehnt wird der Zusammenschluss einzig von der Demokratisch Sozialen Partei (DSP).

5.2. Integration der Fachbereiche

Die Integration aller bestehenden Fachhochschulbereiche in die FHNW wird ebenfalls grundsätzlich begrüsst. Um den Anschein einer Wertung zu vermeiden, wird von zwei Seiten die alphabetische Auflistung der Fachbereiche empfohlen. Ablehnend äussern sich einzig die Schulsynoden; die Vereinheitlichung der Lehrkräfteausbildung sei zwar erstrebenswert, jedoch auch ohne Grossfusion erreichbar. Die Handelskammer beider Basel spricht sich nicht grundsätzlich gegen den angestrebten Umfang aus, bezweifelt aber den Sinn einer Zusammenführung der pädagogisch, sozial und musisch ausgerichteten mit den sog. 'harten' Disziplinen.

Von verschiedener Seite aus wird darauf insistiert, dass die *Pädagogik* auf die kantonalen Schulsysteme Rücksicht nehmen muss; die Vereinheitlichung dieses Bereiches dürfe nicht über die entsprechenden EDK-Richtlinien hinausgehen, auf die Schwerpunktbildung an einem einzigen Standort sei für die Ausbildung von Lehrpersonen der Volksschule sowie für die Weiterbildung der Lehrkräfte zu verzichten (unter anderen seitens der SP, Frauenzentrale, Schulsynoden, VPOD, GE). Von zwei Seiten kritisiert wird die Sonderregelung für die Pädagogik in Solothurn. Mehrmals beanstandet wird überdies die fehlende Nennung des Bereichs *Heilpädagogik*; ebenfalls von einigen Vernehmlassern vermisst werden Aussagen zum Bereich *Gesundheit* (unter anderen seitens der Schulkonferenzen, CVP).

5.3. Fusionsmodell

Dem Fusionsmodell wird in seinen Grundzügen ebenfalls mit grosser Mehrheit zugestimmt (Ausnahmen DSP und Schulsynoden). Zu Fragen und Kritik Anlass gibt insbesondere das *Verhältnis Standort – Fachbereich* (SP, DSP, VPOD, Handelskammer, KDBS). Plädiert beispielsweise die SP für ein Gleichgewicht von Standort und Fachbereich, um damit die neu aufgebaute Zusammenarbeit von Pädagogik und Sozialer Arbeit an der HPSABB und die trinationalen Ausbildungen an der FHBB zu erhalten (letzteres wird im übrigen von verschiedenen Vernehmlassern für wichtig befunden), so will sie gleichzeitig das Gesamtinteresse der Fachhochschule (Schwerpunktbildungen) den Einzelinteressen der Kantone überordnen. Gemäss der Handelskammer soll die Dimension 'Fachbereich' vor derjenigen der 'Standorte' klar Vorrang haben. Gleichzeitig plädiert sie aber dafür, dass die bisherigen Standorte mit einem multidisziplinären Angebot präsent bleiben müssen, da in den wirtschaftsnahen Fachbereichen die Angebote auf die Bedürfnisse des jeweiligen Wirtschaftsstandortes zugeschnitten sind (letzteres wird auch von der SP angeführt). Die DSP befürchtet, dass durch das vorgeschlagene Fusionsmodell ein Abbau der an der FHBB erfolgreich praktizierten Interdisziplinarität stattfinden wird. Allgemein wird das Spannungsfeld 'Führung Fachbereich – Standort' für ungeklärt befunden; entsprechend beinhalten die Antworten zum Teil sich widersprechende Interessensausrichtungen (Gewichtung der fachlichen Entwicklung vor Standortinteressen einerseits, gleichzeitig Berücksichtigung der lokalen Wirtschaftsstruktur und der Multidisziplinarität an einem Standort andererseits).

Die Musik-Akademie der Stadt Basel beansprucht eine noch zu vereinbarende Teilautonomie in Führung und Organisation, um ihrer Eigenart (Berufs- und Laienausbildung an einem Ort) gerecht zu werden.

5.4. Kompetenz der Parlamente zur Festlegung der Standorte der Fachbereiche und zum Abschluss des Leistungsauftrages

Der vorgeschlagenen Kompetenzverteilung zwischen den Parlamenten und der FHNW wird in den Grundzügen von der Mehrheit zugestimmt (Ausnahme Schulsynoden und Handelskammer). Die Handelskammer beider Basel spricht sich gegen das in § 6 *Leistungsauftrag* vorgesehene Vetorecht der Parlamente betreffend Zuteilung der Fachbereiche auf die Standorte und ihre Zuständigkeit für die Bestimmung der Entwicklungsschwerpunkte aus. Allerdings wird von einer Vielzahl der Vernehmlasser gefordert, dass die *Portfoliofrage vor der Beratung des Staatsvertrages* zu klären ist und die fachlichen Kriterien und politischen Zielsetzungen transparent gemacht werden müssen (SP, CVP, DSP, Gewerkschaftsbund, VPOD, Frauenzentrale, Schulsynoden, Gewerkschaft Erziehung).

5.5. Steuerung der FHNW durch die Parlamente mittels Leistungsauftrag und entsprechendem Globalbeitrag

Das *politische Führungsmodell* – Erteilung des Leistungsauftrages durch die Parlamente – wird ebenfalls mehrheitlich begrüsst. Für zu schwerfällig und auf Grund der Vielzahl der involvierten Gremien nicht steuerbar erachten es unter anderem die Handelskammer, die CVP, die DSP und der SIA. Der Antrag der Handelskammer und des SIA geht dahin, die Mitwirkung der Parlamente auf die Genehmigung des Globalbudgets zu beschränken. Die SP fordert lediglich, dass der Leistungsauftrag offen formuliert wird, um die Freiheit von Lehre und Forschung nicht zu gefährden. Dagegen plädieren der Gewerkschaftsbund, der VPOD und die Gewerkschaft Erziehung für eine Explizierung der demokratischen Mitbestimmung bei der strategischen Ausrichtung und der fachlichen Entwicklung (§ 15) sowie für eine Wahl des Fachhochschulrats durch die Parlamente (letzteres ebenfalls SP, allerdings auf Antrag des Regierungsausschusses).

5.6. Verteilschlüssel für die finanzielle Lastenverteilung

Das Finanzierungsmodell und der Verteilschlüssel werden von einer grossen Mehrheit ohne Vorbehalte begrüsst. Nur die DSP wendet sich dagegen; die vom Kanton Basel-Stadt zu leistende Abfederung sei im Hinblick auf die Vorleistungen insbesondere im Bereich der Musik nicht nachvollziehbar.

5.7. Weitere Hinweise

Im Weiteren nehmen die Vernehmlasser insbesondere zu folgenden Themen Stellung:

- **Anstellungsbedingungen:** SP, Gewerkschaftsbund und VPOD verlangen den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Gesamtarbeitsvertrages. Für das Anstellungsrecht müssten die Standards des kantonalen Personalrechts massgebend sein. Gefordert werden zudem Mitbestimmungsrechte der Mitarbeitenden, die Nennung von entsprechenden Organen im Staatsvertrag und Verzicht auf einen Leistungslohn.
- **PK-Lösung:** Betreffend der vorgeschlagenen PK-Lösung wird eine Verschlechterung befürchtet. Vermieden werden sollte auf jeden Fall ein vorschnelles Festlegen auf die PK Aargau. Abgelehnt wird der Vorbehalt einer anteilmässigen Mitfinanzierung der Unterdeckung durch die aktiv Versicherten.

- **Gleichstellung:** Von verschiedener Seite aus wird der § 11 betreffend Gleichstellung der Geschlechter für zu unverbindlich befunden. Gefordert werden u.a. Prozentangaben zum Geschlechteranteil auf allen Hierarchiestufen und eine Gleichstellungsstelle.
- **Zulassungsbestimmungen:** Von verschiedener Seite aus werden die in § 8 genannten Zulassungsbeschränkungen abgelehnt. Für inadäquat befunden wird vor allem ein aus finanziellen Gründen eingeführter Numerus clausus. Die Musik-Akademie der Stadt Basel allerdings verweist darauf, dass Zulassungsbeschränkungen bei ihr unter anderem auf Grund von Qualitätskriterien seit jeher Usus sind.

Mehrere Vernehmlasser verweisen auf die Notwendigkeit, die Fachmaturität mit der Berufsmatur gleichzustellen und dies im § 8 entsprechend zu explizieren.

5.8. Quantitative Auswertung

Vernehmlasserkategorien

Parteien
Verbände/Organisationen
Hochschulen
Erziehungsrat, Schulkonferenzen (Erziehung, Bildung)
Kantonale Verwaltungsstellen
andere Gruppen (nicht eingeladene Gruppen, die den definierten Kategorien nicht zugeordnet werden können)
Einzelpersonen

Beteiligung an der Vernehmlassung

Vernehmlasser	Eingeladen	Anzahl Stellungnahmen Eingeladene	Anzahl Stellungnahmen nicht Eingeladene	Total
Parteien	11	6		6
Verbände/Organisationen	10	7	2	9
Hochschulen	2	2	2	4
Gremien Erziehung/Bildung	11	4		4
Kant. Verwaltung	10	6		6
Andere Gruppen / Einzelpersonen	0	0	0	0
Total	44	25	4	29

Antwort auf Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	1	1	6
Verbände/Organisationen	7	1		8
Hochschulen	2	1		3
Gremien Erziehung, Bildung	4			4
Kant. Verwaltung	3			3
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	20	3	1	24

Antwort auf Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass die FHNW alle Fachhochschulbereiche umfassen soll (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	2		6
Verbände/Organisationen	2	5	1	8
Hochschulen	2	1		3
Gremien Erziehung, Bildung	2	2		4
Kant. Verwaltung	1	2		3
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	11	12	1	24

Antwort auf Frage 3

Sind Sie mit dem Fusionsmodell einverstanden (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4	1	1	6
Verbände/Organisationen	2	5	1	8
Hochschulen	1	2		3
Gremien Erziehung, Bildung	3	1		4
Kant. Verwaltung	1	3		3
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	11	12	2	24

Antwort auf Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die Standorte der Fachbereiche durch die Parlamente festgelegt werden, die FHNW im Übrigen aber Autonomie zu einer standortübergreifenden Entwicklung erhält (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.1. und 3.2.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	5	1		6
Verbände/Organisationen	1	5	2	8
Hochschulen	2	1		3
Gremien Erziehung, Bildung	1	3		4
Kant. Verwaltung	2			2
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	11	10	2	23

Antwort auf Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die Parlamente die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen steuern (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.4.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	5		1	6
Verbände/Organisationen	1	5	2	8
Hochschulen	2	1		3
Gremien Erziehung, Bildung	2	2		4
Kant. Verwaltung	3			3
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	13	8	3	24

Antwort auf Frage 6

Sind Sie mit dem in Ziff. 3.6. des Vernehmlassungsberichts vorgeschlagenen Schlüssel für die finanzielle Lastenverteilung einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	2	3	1	6
Verbände/Organisationen	6	2		8
Hochschulen	2			2
Gremien Erziehung, Bildung	3			3
Kant. Verwaltung	2			2
Andere Gruppen / Einzelpersonen				
Total	15	5	1	21

6. Ergebnisse der Vernehmlassung im Kanton Solothurn

6.1. Grundsatzfrage

Die Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FHNW ist grundsätzlich unbestritten. Verschiedentlich wird betont, dass damit die Qualität der Angebote gefördert, eine Verbesserung des Leistungsangebotes erzielt und die Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet werden soll. Vorbehalte werden namentlich zum Umfang der FHNW und zum Finanzierungsmodus angebracht. Die FdP verlangt, dass die Struktur Anreize zur Generierung von eigenen Mitteln schaffen soll. Für die SP muss die Qualität oberste Leitlinie sein, was allein durch Grösse noch nicht gesichert sei. Die SVP bevorzugt tendenziell eine Fusion mit Teilschulen.

6.2. Umfang der FHNW

Mehrheitlich werden Vorbehalte angebracht zur Integration aller Fachbereiche in die FHNW. Der Umfang solle überdacht und ev. etappiert werden (FdP), die FHNW solle sich auf die Mindestanforderungen des Bundes beschränken und damit Pädagogik, Musik und Soziales -vorderhand- ausschliessen (SVP). Dafür werden teils fachliche Gründe geltend gemacht, da Bereiche zusammengeführt werden sollen, die gar nicht zusammen gehören (SOHK). Der Einbezug der Pädagogik wird überwiegend nicht als zwingend erachtet (Bezug der Aus- und Weiterbildung der Volksschul-Lehrpersonen zu den kantonalen Schulsystemen, nötige Einflussnahme der Kantone auf die Angebote, Regelungskompetenz der Kantone). Oft wird eine schrittweise bzw. spätere Integration vorgeschlagen (FdP, SP, SOHK, Stadtrat Solothurn, Stadtrat Olten, FHSO Direktion, Schulrat PH SO, Finanzdept. SO, LSO). Vereinzelt wird hingegen eine sofortige Integration auch der PH SO in die FHNW gefordert (CVP, sia, vpod). Vom PH SO Schulrat wird die Gründung einer PH NW angeregt. Die Schweizerische Konferenz der Pädagogischen Hochschulen verlangt für die PH's Autonomie und eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die CVP verlangt eine spezielle Vereinbarung zur Finanzierung der Pädagogik. Einzelne Votanten sprechen sich aus Kostengründen gegen den Einbezug der Musik aus.

6.3. Fusionsmodell, Portfoliofrage

Fast einhellig wird zwingend die Klärung der Portfoliofrage sowie der Standorte (was wird künftig wo in welchem Umfang angeboten?) vor der Beratung des Staatsvertrags durch die Parlamente gefordert (unter anderen seitens der FdP, SP, SOHK, PH SO Schulrat, Stadtrat Olten, Stadtrat Solothurn). Mehrfach wird die Verankerung der Interdisziplinarität im Staatsvertrag verlangt, was unter anderem mehrere Fachbereiche je Standort erfordere (SP, Organe der FHSO). Die vorgeschlagene Führungsstruktur wird z.T. als problematisch erachtet. Rolle und Funktion der Fachbereichs- und der Standortleitungen sollen präzisiert werden. Teilweise wird eine dezentrale Führungsstruktur (Profit-Zentren) verlangt, da die zentralistische Führung die Effizienz nicht sichere (unter anderen SVP, FdP, FD SO). Die Standorte sollen als teilautonome Einheiten geführt werden (FdP). Der Standort Olten müsse den ungeteilten 'Lead' im Fachbereich Wirtschaft erhalten (FdP, CVP, SVP, SOHK, Stadtrat Olten).

6.4. Kompetenz der Parlamente zur Festlegung der Standorte der Fachbereiche und zum Abschluss des Leistungsauftrags

Der vorgeschlagenen Kompetenzordnung wird mehrheitlich zugestimmt (unter anderen alle Parteien). Vielfach wird auch bei dieser Frage gefordert, dass die Eckpunkte des Leistungsauftrages samt der Zuteilung der Fachbereiche auf die Standorte vor einer Beratung des Staatsvertrages in den Kantonsparlamenten bekannt sein müssen (vgl. auch Frage 3). Es wird betont, dass die Kantone erhebliche Mittel investieren und entsprechend die Ausgestaltung der FHNW mitbestimmen sollen (FdP). Vereinzelt wird der Instanzenweg als komplex

beurteilt (sia, FHSO Bereich Technik, BBZ Olten). Einige Stimmen wollen Standortentscheide nicht den Parlamenten übertragen (sia, STV, vpod, LSO, Vereinigung Solothurnische Bankinstitute).

6.5. Steuerung der FHNW durch die Parlamente mittels mehrjährigem Leistungsauftrag und entsprechenden Globalbeiträgen

Die Führung der FHNW mit einem - von den Parlamenten zu beschliessenden - mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbudget-Beiträgen der Kantone findet praktisch einhellige Zustimmung. Mit diesem Modell hat man im Kanton Solothurn gute Erfahrungen gemacht. Favorisiert wird dabei eine 3-Jahres-Periode (FdP, Stadtrat Olten).

6.6. Verteilschlüssel für die finanzielle Lastenverteilung

Bei der finanziellen Lastenverteilung wird fast einhellig die zu geringe Gewichtung des Standortvorteils bemängelt. Alle Parteien (CVP, FdP, SP, SVP), ebenso aber auch zahlreiche Verbände, die FHSO Gremien, der PH Schulrat und Vernehmlassungspartner aus allen Gruppierungen fordern eine Korrektur und eine prozentual deutlich stärkere Gewichtung des Standortvorteils (zumeist wird eine 50/50% Gewichtung verlangt). Die FHSO-Direktion verlangt eine Klärung der Mittelzuordnung und –verwendung innerhalb der FHNW.

6.7. Weitere Hinweise

- **Pensionskasse:** Der im Staatsvertrag vorgeschlagene Pensionskassenbeitritt zur Aargauer PK wirft Fragen auf bezüglich der Ausfinanzierung der Deckungslücke und der finanziellen Konsequenzen für den Kanton Solothurn (FdP, SVP, SOHK, Stadtrat Olten). Verlangt wird eine Überprüfung dieses Punktes. Die SVP verlangt, dass die PK der FHNW mit dem Beitragsprimat geführt wird.
- **Anstellungsverhältnisse:** Die FHNW-weite Regelung der Anstellungsverhältnisse ist überwiegend unbestritten. Von der SP, dem vpod und der FHV FHSO wird mittelfristig ein GAV für die Mitarbeiter der FHNW gefordert.

6.8. Quantitative Auswertung

Die Auswertung der Vernehmlassungsantworten erfolgt in allen Kantonen gemäss folgender Kategorien:

Kategorie

Parteien

Verbände

Gemeinden

FH Solothurn

PH SO, Studierenden- und Dozierendenorganisationen

Organisationen und Verbände mit besonderem Bezug zur FH Solothurn

Erziehungsrat, Schulkonferenzen (Erziehung, Bildung)

Kantonale Verwaltungsstellen

andere Gruppen (nicht eingeladene Gruppen, die den definierten Kategorien nicht zugeordnet werden können)

Einzelpersonen

Beteiligung an der Vernehmlassung

Vernehmlasser	Eingeladen	Anzahl Stellungnahmen Eingeladene	Anzahl Stellungnahmen nicht Eingeladene	Total
Parteien	11	4		4
Verbände	15	5	3	8
Gemeinden	4	3		3
FH SO	3	3	3	6
PH SO Studierende/Dozierende	3	1	2	3
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO	1			
Gremien Erziehung, Bildung	3	2		2
Kant. Verwaltung	1	1		1
Andere Gruppen / Einzelpersonen			2	2
Total	41	19	10	29

Antwort auf Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Bildung einer von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam getragenen FH Nordwestschweiz einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4			4
Verbände	7	1		8
Gemeinden	2	1		3
FH SO	5	1		6
PH SO Studierende/Dozierende		2		2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung		2		2
Kant. Verwaltung		1		1
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1	1		2
Total	19	9	0	28

Antwort auf Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass die FHNW alle Fachhochschulbereiche umfassen soll (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien		3	1	4
Verbände	3	4	1	8
Gemeinden		2	1	3
FH SO	1	1		2
PH SO Studierende/Dozierende		1	1	2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung		2		2
Kant. Verwaltung			1	1
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1	1		2
Total	5	14	5	24

Antwort auf Frage 3

Sind Sie mit dem Fusionsmodell einverstanden (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	1	2	1	4
Verbände	4	3	1	8
Gemeinden		3		3
FH SO		3		3
PH SO Studierende/Dozierende		2		2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung		2		2
Kant. Verwaltung		1		1
Andere Gruppen / Einzelpersonen	1	1		2
Total	6	17	2	25

Antwort auf Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die Standorte der Fachbereiche durch die Parlamente festgelegt werden, die FHNW im Übrigen aber Autonomie zu einer standortübergreifenden Entwicklung erhält (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.1. und 3.2.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	3	1		4
Verbände	3	3	2	8
Gemeinden	3			3
FH SO		3		3
PH SO Studierende/Dozierende		2		2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung	1	1		2
Kant. Verwaltung	1			1
Andere Gruppen / Einzelpersonen		1	1	2
Total	11	11	3	25

Antwort auf Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die Parlamente die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen steuern (vgl. Vernehmlassungsbericht, Ziff. 3.4.)?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien	4			4
Verbände	6	1	1	8
Gemeinden	2	1		3
FH SO	3			3
PH SO Studierende/Dozierende	1	1		2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung	2			2
Kant. Verwaltung		1		1
Andere Gruppen / Einzelpersonen	2			2
Total	20	4	1	25

Antwort auf Frage 6

Sind Sie mit dem in Ziff. 3.6. des Vernehmlassungsberichts vorgeschlagenen Schlüssel für die finanzielle Lastenverteilung einverstanden?

Vernehmlasser	Volle Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalten	Ablehnung	Total Antworten
Parteien		2	2	4
Verbände	2	4	2	8
Gemeinden		2	1	3
FH SO		3		3
PH SO Studierende/Dozierende	1		1	2
Organisationen/Verbände mit Bezug FHSO				
Gremien Erziehung, Bildung		2		2
Kant. Verwaltung			1	1
Andere Gruppen / Einzelpersonen		1	1	2
Total	3	14	8	25